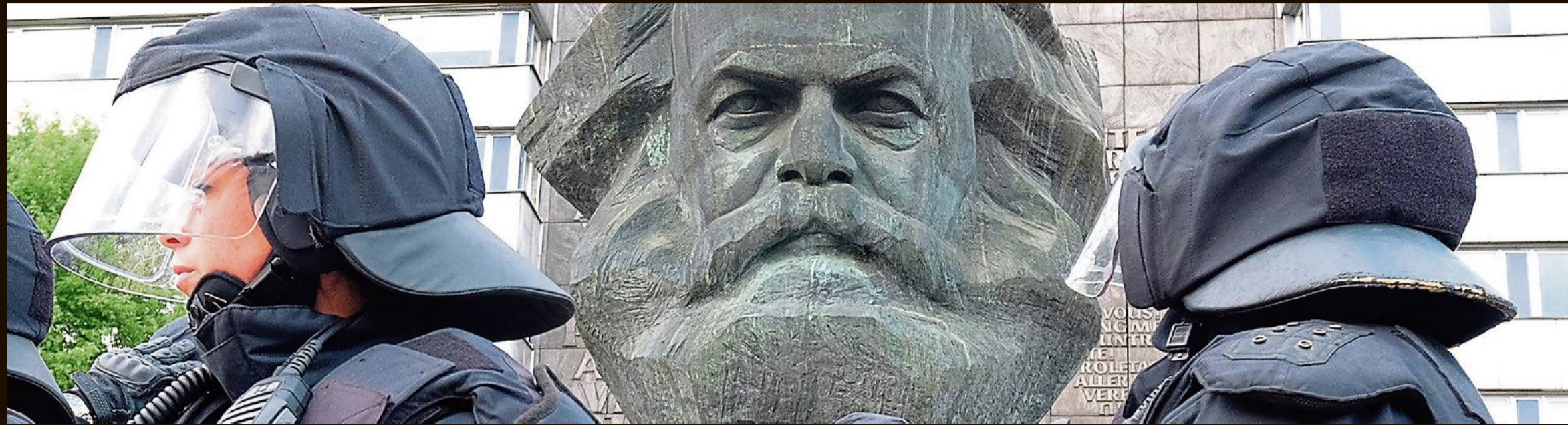


Warum immer wieder Sachsen?

Fremdenhass ist ein gesamtdeutsches Problem / Dennoch scheint der Osten anfälliger zu sein



Fotos: dpa/Sebastian Willnow, dpa, Screenshot: NOZ/Youtube

Nach den Ausschreitungen in Chemnitz stehen Fragen im Raum: Warum immer wieder Ostdeutschland, warum immer wieder Sachsen? Woher kommt der Hass auf Ausländer? Erklärungen gibt es, und sie sind komplex. Klar ist: Ignoranz ist eine der Triebfedern.

Von Melanie Heike Schmidt

OSNABRÜCK Cottbus, Anfang der Nuller-Jahre: Ein Verkäufer reicht die Tüte mit Brötchen, die hier Wecken heißen, herüber. Seine Finger sind tätowiert. Vier schwarze Buchstaben: H - A - S - S. Die beiden letzten laufen blitzartig spitz zu – wie die SS-Rune, neben dem Hakenkreuz eines der zentralen Symbole des Nationalsozialismus. Nach Paragraf 86a des Strafgesetzbuches ist die Verwendung dieses Zeichens hierzulande strafbar. Aber wen interessieren schon Verbote? Wenige. Sonst würde dieser junge Mann mit den sehr, sehr kurzen Haaren nicht hier arbeiten. Sonst gäbe es Proteste vor dem Laden. Doch in Cottbus, der zweitgrößten Stadt Brandenburgs, die damals einen Ausländeranteil von kaum dreieinhalb Prozent hat, sind offen auftretende Rechte kein Grund zur Aufregung.

Von hier bis ins sächsische Hoyerswerda, wo sich rassistisch motivierte Gewalt schon 1991 Bahn brach, als unter Jubel ein Ausländerheim angezündet wurde, sind es gerade mal 40 Kilometer, die hiesige Zeitung erscheint auch dort. In Dresden, Geburtsort der rechten Pegida-Bewegung, ist man in eineinhalb Stunden, nach einer weiteren halben Stunde erreicht man Chemnitz, wo die jüngsten Demonstrationen gegen Ausländer aus dem Ruder liefen. Sind Rassismus und Ausländerhass ein ostdeutsches Problem? Ja.

Und nein. Die Wut frisst sich durch ganz Deutschland.

Aktionsbündnisse wie Pro Asyl oder die Amadeu-Antonio-Stiftung dokumentieren Übergriffe auf Asylsuchende in Ost wie West. Nur: Setzt man die Vorfälle in Bezug zur Einwohnerzahl, zeigt sich, dass die fünf eigentlich gar nicht mehr so neuen Bundesländer Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern zusammen mit Berlin Spitzenreiter dieser traurigen Statistik sind. Der Zauber der Vielfalt verfängt hier nicht, so scheint es.

Nicht immer braucht es einen Anlass, um den Zorn zu entfachen. Doch natürlich gibt es Anlässe, und manchen wohnt ein eigenes Schockpotenzial inne: Im brandenburgischen Cottbus versetzte ein Messerangriff eines Syrers die Stadt in Aufruhr. Jetzt, im sächsischen Chemnitz, war es der gewaltsame Tod eines 35-jährigen Fußballfans auf einem Stadtfest. Gegen die mutmaßlichen Täter, einen Iraker und einen Syrer, wurde Haftbefehl erlassen. Was genau passiert ist? Das wird noch ermittelt. Überhaupt gibt es noch viele Fragen. Doch auf Antworten zu warten, dafür ist die Wut zu groß.

Wie eine Lawine breitet sich die Geschichte über den „Mord an einem Deutschen“ im Internet aus. Und obwohl am Sonntagmittag erst wenige Fakten bekannt sind, treffen sich am Karl-Marx-Denkmal in Chemnitz Hunderte Menschen, die die „kriminellen Ausländer“ satthaben und deren „Wir sind das Volk“-Rufe klarmachen, wer nicht zu diesem „Wir“ gehört: Fremde, Zugewanderte, auch Andersdenkende oder Journalisten. Am Montag sind es noch mehr, 6000 sogenannte normale Bürger demonstrieren Seite an Seite mit Neonazis, demgegenüber stehen 1500 Gegendemonstranten. Die Stimmung kippt, es gibt Ausschreitungen, Verletzte. Die Polizei ist überfordert.

Rechte Gewalt in Sachsen



Heidenau, August 2015
Ein rechter Mob randaliert drei Nächte in Folge vor einem Flüchtlingsquartier. 30 Beamte werden durch Steine und Böller verletzt.



Leipzig, Januar 2016
Hooligans und Rechtsextreme überfallen mit Äxten, Eisenstangen und Holzlaten den links-alternativen Stadtteil Connewitz.



Clausnitz, Februar 2016
Ein Mob blockiert einen Bus mit Flüchtlingen. Die Polizei holt die Migranten gewaltsam aus dem Bus. Dafür erntet sie heftige Kritik.



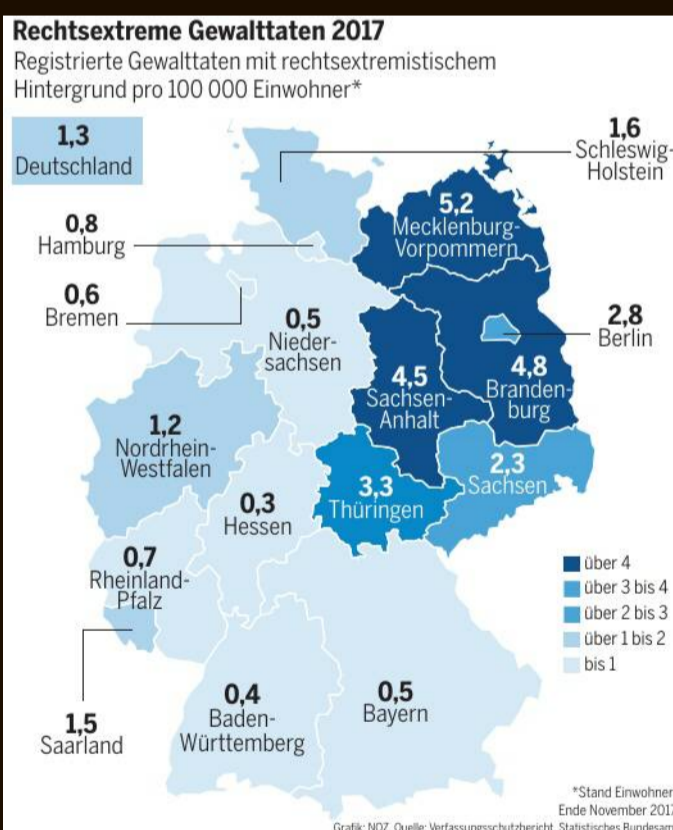
Bautzen, Februar 2016
Fremdenfeindliche Gruppen bejubeln den Brand in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft – und behindern die Löscharbeiten.



Polenz, Juni 2016
Bei einem Volksfest attackieren drei Rechtsradikale zwei Bulgaren und einen Deutschen mit rumänischen Wurzeln.



Bautzen, September 2016
80 Rechte und 20 Flüchtlinge gehen mit Flaschen und Steinen aufeinander los. Rechtsextreme treiben die Migranten in die Flucht.



Woher kommt diese Entgrenzung, diese Wut, dieser Hass? Die Gründe sind komplex, und es wäre fahrlässig, sie als rein ostdeutsch zu interpretieren. Fremdenhass gibt es in den Niederlanden, in Frankreich, auch im Mutterland der Freiheit, den USA. Und überall in Deutschland. Und doch greifen in den ostdeutschen Ländern andere Mechanismen. So sind etwa Begegnungen mit Ausländern in ostdeutschen Regionen jahrelang Mangelware. Hier leben im Vergleich wenige Menschen mit ausländischen Wurzeln. Die Weltoffenheit, die sich in beliebten Vornamen wie Danilo, Ronny, Kathleen oder Peggy zeigt, erschöpft sich vielfach auch darin. Studien belegen, dass vor allem die Nicht-Begegnung mit Migranten Ängste schürt. Wer im Alltag kaum Erfahrungen mit Ausländern sammelt, wer selten ins Ausland fährt und praktisch nie in multikulturelle Städte wie Hamburg oder Berlin, bei dem ist es um die Akzeptanz von allem Fremden schlecht bestellt.

Wenn das auf fruchtbaren Boden fällt, wird es problematisch. In diesem Fall ist es ein Nährboden aus Frust und Perspektivlosigkeit, der nach dem Abflauen der Wende euphorie vielerorts übrig bleibt. Arbeitslosigkeit, Wegzug, die Enttäuschung über die so gar nicht blühenden Landschaften – all das mischt sich zu einer Gärmasse, die wie geschaffen ist für das Wachsen rassistischen Gedankenguts.

Den ideologischen Überbau liefern gewiefte rechtsextreme Vordenker, erst von der NPD oder den Republikanern, nun auch von Pegida oder der AfD. Sie bieten den Menschen einfache Antworten, mithilfe derer sich die komplexe, als unfair empfundene Welt erklären lässt. Am Ende stehen eine gut organisierte rechte, auch rechtsextreme Szene sowie immer mehr von der Politik der „Altparteien“ enttäuschte Nor-

malbürger, die offen sind für Fremdenfeindlichkeit, wenn nicht für mehr.

Aber warum immer wieder Sachsen? Ein Grund für die Auffälligkeit speziell dieses Bundeslandes ist eine fatale fortgesetzte Ignoranz seitens der Politik. Diese Erkenntnis, die jetzt auch im Fall Chemnitz wieder auftaucht, ist leider nicht neu. Schon 2015 sagte Oliver Decker, Leiter der Leipziger Studie „Die stabilisierte Mitte – Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014“, dass in Sachsen die Politik das Problem lange vernachlässigt habe. Woraus sich Folgeprobleme ergeben würden: „Zum einen ist es schwierig, jetzt die politische Handlungsfähigkeit wiederzuerlangen. Zum anderen hat man durch das Ignorieren des Problems volens-volens die rechtsextreme Ideologie ein Stück weit legitimiert.“ Diese Einschätzung ist aktueller denn je.

Dabei gibt es Ansätze, auch vonseiten konservativer Politiker. Erinnern Sie sich noch an Hans-Peter Friedrich, einst CSU-Bundesinnenminister? 2012 sagte er: „Mich treibt schon um, dass in einigen Landstrichen Ostdeutschlands Neonazis auftrumpfen und zivilgesellschaftliches Leben bewusst für ihre Zwecke unterwandern. Das dürfen wir nicht zulassen.“ Heute, sechs Jahre später, muss man konstatieren: Man hat es zugelassen.

Und das, obwohl es auch in Sachsen Initiativen gibt, die sich dem Problem und der Debatte stellen. Aber ihr Widerhall ist zu leise, und der politische Rückhalt in dem Land, das seit 1990 von der CDU regiert wird, gering. Erst, wenn etwas passiert, wird eilig Besserung gelobt.

Dabei braucht es weder Demos noch Ausschreitungen, um die Gefahr zu sehen. Rechtsextreme sind da, im Alltag, unter uns. Zum Beispiel in Cottbus beim Bäcker. Die Brötchen haben übrigens nicht geschmeckt.

Bundesweit Rechtsextreme in Hooligan-Kreisen mobilisiert

Warum waren angesichts von 6000 Demonstranten nur 591 Polizisten im Einsatz? Sachsens Ministerpräsident Kretschmer verspricht Besserung

Von Anne-Béatrice Clasmann und Birgit Zimmermann

CHEMNITZ Zwei Tage hintereinander geben Rechtsextreme und Hooligans im sächsischen Chemnitz den Ton an. Auslöser ist der Tod eines 35 Jahre alten Mannes am Rande des Stadtfestes. Die Ereignisse von Chemnitz werfen viele Fragen auf:

Wer hat sich an der Demonstration der rechten Gruppen beteiligt? Rund 6000 Menschen kamen zu dem Aufmarsch am Montag –

viel mehr als erwartet. Für die Demo sei in Hooligan-Kreisen bundesweit mobilisiert worden, teilt der sächsische Verfassungsschutz mit. Neben Rechtsextremen aus ganz Sachsen kamen Demonstranten aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Thüringen, Berlin und Brandenburg nach Chemnitz. Die „scharfe Aggressivität“ der Hooligangruppen habe das Geschehen bestimmt, sagt Martin Döring, Sprecher des Verfassungsschutzes. Es seien aber auch ganz normale Bürger auf der Straße gewesen.

Wie haben die Hooligans so schnell so viele Teilnehmer mobilisiert? In erster Linie sei über die sozialen Netzwerke für Chemnitz mobilisiert worden, heißt es vom Verfassungsschutz. Dort gebe es „kommunikative Strukturen zuhauf“. Die Hooliganzene im Umfeld des Fußball-Regionalligisten Chemnitzer FC sei „besonders mobilisierungsstark“. Zwei Gruppen – „Kaotic“ und „NS Boys“ („New Society Boys“) – hätten für den Montagabend getrommelt. Beide haben in Chemnitz Stadionverbot. Minister-



Michael Kretschmer Foto: dpa

präsident Michael Kretschmer (CDU) sagt, die Mobilisierung im Internet sei stärker als in der Vergangenheit. Sie beruhe „auf ausländerfeindlichen Kommentaren, auf Falschinformationen und auf Verschwörungstheorien“.

Warum waren so wenige Polizisten in Chemnitz? Die Initiatoren hatten insgesamt 1500 Teilnehmer angemeldet (1000 bei „Pro Chemnitz“ und 500 bei der Gegendemonstration von „Chemnitz nazifrei“). Aufgrund polizeilicher Erfahrungen und aktueller Erkenntnisse des Tages ist die Einsatzleitung von einer doppelten Anzahl ausgegangen. In Chemnitz waren daraufhin 591 Polizisten im Einsatz, ausschließlich aus Sachsen. Von Behörden der anderen Bundesländer kam demnach der Hinweis, dass sich lediglich

zwei Gruppen mit jeweils 15 Personen auf den Weg nach Chemnitz machen.

Sind weitere Demonstrationen zu befürchten? Es sei zu erwarten, dass versucht werde, ähnliche Aufmärsche zu organisieren, sagt Kretschmer. Darauf seien die Sicherheitsbehörden eingestellt. Dann soll es besser laufen. Kretschmer verspricht: „Wir werden klarmachen, dass der Staat das Gewaltmonopol hat.“ Sämtliche Straftaten – wie das Zeigen des Hitlergrüßes – würden verfolgt.

Was ist bekannt zum Tötungsdelikt, das die Eskalation ausgelöst hat? Zwei Tatverdächtige, ein 23 Jahre alter Syrer und ein 22 Jahre alter Iraker, sitzen in U-Haft. Anders als im Internet kolportiert, ging den tödlichen Messerstichen laut Polizei kein sexueller Übergriff auf eine Frau voraus. Landespolizeipräsident Georgie sagt, es habe einen Streit zwischen zwei Männergruppen gegeben, in dessen Verlauf schließlich Messer gezogen worden seien. Die genauen Hintergründe sind noch unklar. dpa